

Grenzenlose Solidarität statt Asylrechtsverschärfung ! Globale Bewegungsfreiheit und ein gutes Leben für Alle!

Im Sommer letzten Jahres wurden Zäune niedergedrückt, Grenzen überwunden und die Mauern der Festung Europa vorübergehend durchlöchert. Viele Geflüchtete sagen zurecht: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.“ Dies machte uns auf sehr dramatische Weise erneut deutlich, dass wir Position beziehen müssen zu den von hier ausgehenden Fluchtursachen des kapitalistischen Wirtschaftsmodells, wie z.B. Rüstungsexporte, Freihandelsabkommen oder Klimaveränderungen.

Viele haben sich in den letzten Monaten für die Rechte von Geflüchteten eingesetzt und diese unterstützt. Trotz dieser Solidarität konnten Verschärfungen in den Asylgesetzen, durch das Integrationsgesetz, mit der Ausweitung der "sicheren Herkunftsstaaten" und durch den EU-Türkei-Deal fast ohne Widerstand im Eiltempo durchgesetzt werden.

Die Bundesregierung instrumentalisierte die Einsatzbereitschaft von freiwilligen Helfer*innen jedoch, indem sie eine „deutsche Willkommenskultur“ feierte und die Hilfsbereitschaft in die eigene Strategie der Unterversorgung und repressive Flüchtlingspolitik einband.

Verbesserungen im Bereich der Asylpolitik, die in den letzten Jahren hart erkämpft wurden, werden systematisch zunichte gemacht. Die menschenverachtende Politik der Abschreckung und Ausgrenzung wird fortgesetzt. Das Dublin-System soll nicht abgeschafft, sondern verschärft werden. Auch mit Diktaturen wird zusammengearbeitet um Flüchtlinge bereits an den Außengrenzen der EU abzufangen und zu internieren. Massenabschiebungen nehmen zu.

Mit der Grenzschutzorganisation Frontex werden Flüchtende gezielt an den Grenzen abgewehrt, an der Einreise gehindert und ihrem Schicksal auf dem offenen Meer oder in den Verfolgungsländern überlassen. Die Grenzen der Festung Europa werden mit Flugzeugen, Drohnen und Kriegsschiffen überwacht. Zehntausende von Toten sind die Folge dieser Politik, die offensichtlich bewusst in Kauf genommen wird. Das Massensterben im Mittelmeer wäre sofort beendet, wenn Menschen legale Fluchtmöglichkeiten hätten - **Fähren statt Frontex!**

Per Federstrich wurden die Balkanländer zu angeblichen „sicheren Herkunftsländern“ deklariert. Dies betrifft insbesondere Roma, die aus ihren Herkunftsländern wegen sozialer Ausgrenzung, Verarmung und rassistischer Verfolgung geflohen sind.

Rassistische Gewalt und Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte werden von staatlicher Seite immer noch verharmlost. Naziaufmärsche und rechtsradikale Hetze gegen Geflüchtete und Andersdenkende werden nach wie vor als „ernstzunehmende Ängste besorgter Bürger“ eingestuft. Das Gerede vom angeblichen Missbrauch des Asylrechts, die Kampagnen Flüchtlinge in „Gute“ und „Schlechte“ zu spalten und die „Nützlichen“ für die deutsche Wirtschaft auszusortieren sind gleichzeitig Stichwortgeber für die rassistisch motivierten Umtriebe. Geflüchtete werden zur Spaltung der Beschäftigten benutzt. Damit werden sie in eine Sündenbock-Rolle gedrängt und für gesellschaftliche Defizite und soziale Missstände verantwortlich gemacht, die sie nicht verursacht haben. Struktureller Rassismus und Gewalt gegen Geflüchtete bedingen sich so gegenseitig.

Wir leben in kriegerischen Zeiten. Die globale Entfesselung des Kapitalismus hat die Welt zu einem höchst unsicheren Ort gemacht. Es geht um die Aufteilung der Welt in neue Macht – und Einflusszonen, um den Zugang und die Ausbeutung der letzten Rohstoffe und Energieressourcen,

um die Erschließung neuer Märkte und "billiger" Produktion weltweit. Es geht um die Aufrechterhaltung des herrschenden Weltwirtschaftssystems im Interesse derer, die davon profitieren. Klimawandel, Armut und Migration sind direkt damit verbunden. Solange die Fluchtursachen nicht beseitigt sind, werden Menschen trotz gesicherter Grenzen, neuer und noch höherer Zäune hier ankommen. Dies ist ihr gutes Recht. Sie alle haben Anspruch auf ein gesichertes Bleiberecht, das Recht auf ein gutes Leben, wie wir es gemeinsam für alle erkämpfen müssen. Wir brauchen eine Gesellschaft, die allen Menschen an allen Orten der Welt lebenswerte Lebensverhältnisse schafft und keine neue Formen von Apartheid, neue Mauern und neue Slums. Dies wird nur durch eine grundlegende Veränderung der derzeitigen profit- und wachstumsorientierten kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse möglich sein.

Wir wollen eine Welt der Bewegungsfreiheit, der gleichen Rechte für alle, eine Welt der Solidarität ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Dass dies unter den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen nicht zu haben ist, ist uns klar. Aber es wird Zeit mit dem Abriss anzufangen – an den Grenzen außen wie innen.

Wir wollen am 1.10. ein klares Zeichen gegen Entrechtung, rassistische Ausgrenzung und Abschiebung setzen.

GEMEINSAM.UNGEHORSAM.SOLIDARISCH